

Interview. Der Politologe Peter Kreko warnt davor, dass Ungarn die Bedingungen von EU und IWF für Hilfskredite ausschlagen und in ein wirtschaftliches und verfassungsrechtliches Chaos abgleiten könnte. Von unserem Korrespondenten THOMAS ROSER

„Die Politik der Regierung Orbán ist irrational“

[BUDAPEST] Bis Dienstag hat Ungarn Zeit, ein Vertragsverletzungsverfahren durch die EU zu verhindern. Doch Ministerpräsident Viktor Orbán zeigt wenig Lust, den durch neue Gesetze ermöglichten Einfluss seiner Regierung auf Richterbestellungen und die Notenbank zurückzunehmen. Er habe bisher nur „politische Meinungen“ gehört, „keine Argumente“, behauptet er. Lenkt seine Regierung nicht ein, wird die EU-Kommission das angekündigte Verfahren einleiten. Der Internationale Währungsfonds (IWF) dürfte in diesem Fall die dringend notwendigen Hilfskredite für das Land verweigern.

Die Mehrheit der Ungarn stehe keineswegs mehr hinter der Politik der Regierung Orbán, behauptet der Budapester Politologe Peter Kreko vom Institut „Political Capital“ in einem Interview mit der „Presse“. Er warnt vor den Folgen einer weiteren Isolation des Landes.

Die Presse: Ob EU, Washington oder der Internationale Währungsfonds: Ungarns Regierung scheint mit der ganzen Welt auf Kriegsfuß zu

stehen. Was treibt die Regierung zu diesem Konfrontationskurs?

Peter Kreko: Die Politik von Ungarns Regierung ist völlig irrational – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch innenpolitisch gesehen. Sie wittert überall Verschwörungen, sagt, sie lasse sich nichts diktieren – weder von Washington noch Moskau noch Brüssel.

Die heimischen Demonstrationen, aber auch die ausländischen Proteste haben Premier Orbán bisher eher kaltgelassen. Wird ihn der Schuldenruck zum Einlenken zwingen?

Starker Druck hinter den Kulissen ohne öffentlichen Frontalangriff wäre effizienter gewesen. Die Regierung wäre in der Lage gewesen, die umstrittenen Gesetze ohne Gesichtverlust abzuändern. Doch andererseits waren die Vorbedingungen des IWF (für ein neues Kreditabkommen) klar. Wenn die Regierung das Zentralbankgesetz nicht noch unmittelbar vor Jahresende verabschiedet hätte, wäre sie nun in einer besseren Position. Doch sie winkte das Gesetz durch – und hat nun einen hohen Preis zu zahlen.

Inwiefern?

Wenn die Regierung nun die Bedingungen des IWF doch noch akzeptiert und die Gesetze ändert, wird sie dafür innenpolitisch einen hohen Preis zahlen müssen. Und der Premier müsste versuchen, sein angeschlagenes Image bis zu den nächsten Wahlen wieder aufzupolieren. Eine andere Option wäre die, dass Orbán abtritt und ein eher technokratisches Kabinett unter Fidesz-Kontrolle die schmutzige Arbeit der verord-

Zur Person



Peter Kreko ist seit 2009 wissenschaftlicher Direktor des ungarischen Thinktank „Political Capital Institute“. Er studierte an der Eötvös-Lóránd-Universität Psychologie und Politische Wissenschaften. In seinen wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt er sich mit Risikoforschung und politischer Psychologie. [Kreko]

neten Sparprogramme erledigt. Dies würde ihm die Chance gehen, zu einem späteren Zeitpunkt wieder mit „sauberen Händen“ in die Politik zurückzukehren.

Und was passiert, wenn Ungarns Regierung die Bedingungen des IWF und der EU ablehnt?

Dieses dritte Szenario ist nicht auszuschließen. Dies würde zum Bankrott der ungarischen Wirtschaft führen – und das völlige Scheitern der gegenwärtigen Regierung bedeuten. Ich denke nach wie vor, dass ein Abkommen mit dem IWF wahrscheinlicher ist. Aber in den letzten Wochen hat die Regierung derart irrationale Schritte unternommen, dass ich dies nicht ausschließen kann. Aber wie gesagt: Ich bin immer noch optimistisch in Bezug auf eine Einigung mit dem IWF. Denn weder Moskau noch China noch Saudiarabien wird unsere Staatsanleihen kaufen – und uns vor dem Bankrott retten.

Wie lange könnte sich Ungarn denn noch ohne neue Finanzspritzen halten?

Einige Ökonomen gehen davon aus, dass die Ressourcen der Regierung noch bis zum Sommer reichen. Pessimistischere Kollegen glauben, dass diese nur noch für das erste Jahresquartal ausreichend sind.

Orbán's Regierung war angetreten, um den Mittelstand zu stärken. Ist das geglückt?

Die Einführung der Einheitssteuer (von 16 Prozent, Anm.) hat sich weder politisch noch wirtschaftlich ausgezahlt. Sie hat den Konsum nicht stimuliert, wie von der Regierung erhofft. Und selbst die Einkommenschichten, die direkt davon profitiert haben, die obere Mittelklasse, beginnt, sich von Fidesz abzuwenden. Das Vertrauen in die Wirtschaftsentwicklung ist rapide gefallen. Es herrscht einfach eine große Verzweiflung. Fidesz hat bereits die Hälfte seiner Anhänger verloren, und selbst die Stammwählerschaft beginnt, sich abzuwenden: Die Mehrheit der Ungarn steht keineswegs mehr hinter der Politik dieser Regierung.

Was sind außer der Verschärfung der Finanzkrise die einschneidendsten Effekte der bisherigen Fidesz-Politik?

Ungarn ist in eine isolierte Position geraten, sowohl politisch als auch ökonomisch. Gleichzeitig wurde das System der Gewaltenteilung und der gegenseitigen Kontrolle außer Kraft gesetzt. Der Präsident hat noch kein einziges Gesetz des Parlaments zurückgewiesen oder Überarbeitungen gefordert – was einmalig in der ungarischen Demokratie ist. Gleichzeitig wurden die Rechte des Verfassungsgerichts erheblich eingeschränkt – und diese Institution wurde mit loyalen Gefolgsleuten besetzt.

Irgendwann wird auch die Amtszeit des Viktor Orbán enden. Wie schwer dürfte es der nächsten Regierung fallen, dessen Politik wieder zu korrigieren?

Die nächste Regierung wird das schlechte Erbe von Fidesz nur mit einer Zweidrittelmehrheit ändern können. Zudem sind die Schlüsselpositionen bei allen Staatsinstitutionen auf Jahre hinaus mit Fidesz-Anhängern besetzt. Es ist zu befürchten, dass die nächste Regierung nur als lahme Ente agieren – oder einen Kurswechsel nur mit Verfassungsverstößen realisieren kann. Doch der Preis dafür wäre ein verfassungspolitisches Chaos.

Nebenbei

Pianist András Schiff will in seiner Heimat, Ungarn, nicht mehr auftreten

Der international bekannte ungarische Pianist András Schiff hat alle Konzerte in seiner Heimat abgesagt und will bis auf Weiteres dort nicht mehr auftreten. Er hat sich im vergangenen Jahr in einem Gastbeitrag für die „Washington Post“ kritisch zur ungarischen Regierung und ihrer Rolle als EU-Vorsitzende geäußert. Der Beitrag habe in Ungarn Stürme der Entrüstung ausgelöst. Schiff begründet seinen Konzertboykott damit, dass in regierungsnahen Zeitungen „abstoßende Dinge“ gegen ihn geschrieben wurden. In einem Internetforum sei er als „Saujude“ beschimpft worden.

DAS KANN WAS WERDEN.

Printjournalismus, Fotoredaktion oder Layout – „Die Presse“ vergibt je ein Praktikum für einen Monat. Jetzt bewerben – bis 16. Jänner 2012.

Mehr Infos unter:
DiePresse.com/praktikum

